

+ + + Landtagsticker + + +

Ausgewähltes aus der Landtagssitzung vom 30./31.01.2020

#aktuell debattiert

Medienvielfalt für demokratische Willensbildung unverzichtbar

Am 15. Januar dieses Jahres wurde bekannt, dass die Mediengruppe der Mitteldeutschen Zeitung an die Bauer Media Group verkauft wird. Dieser gehört bereits die Volksstimme im nördlichen und mittleren Sachsen-Anhalt mit 18 Lokalausgaben. Hinzu kommt nun die größte Regionalzeitung im Süden mit 17 Lokalausgaben. Einziger weiterer Wettbewerber auf dem regionalen Zeitungsmarkt ist künftig die Altmark Zeitung. Damit hat die Bauer Media Group das Monopol im Land. Der *medienpolitische Sprecher* **Stefan Gebhardt** sieht in diesem Verlust gesunder Konkurrenz ganz klar auch eine Gefahr für die vielfältige journalistische Berichterstattung. „Medienvielfalt und damit auch publizistische Vielfalt ist in einer demokratischen Gesellschaft nicht nur wünschenswert sondern unbedingt schützenswert.“, sagte er. Daher forderte er, dass die publizistische Unabhängigkeit beider Zeitungen unbedingt gewahrt bleiben müsse.

#Kommunen

Unterstützung der Kommunen durch das Land

Die kommunalen Haushalte haben sich in den vergangenen Jahren teils positiv teils negativ entwickelt. In der Summe die Landkreise, kreisfreien Städte und kreisangehörigen Gemeinden einen positiven Finanzierungssaldo auf und es konnten in der Gesamtsumme auch die Liquiditätskredite zurückgeführt werden. Eine Einzelbetrachtung relativiert dieses Ergebnis jedoch erheblich. Es gibt enorme Schieflagen bei der Binnenverteilung der Finanzausstattung. Deshalb hat die Fraktion DIE LINKE beantragt, den Erlass des Ministeriums der Finanzen vom 21.03.2018 „Zuweisungen aus dem Ausgleichsstock § 17 Finanzausgleichsgesetz“ so zu überarbeiten, dass künftig auch Landkreise Mittel für Bedarfszuweisungen und Liquiditätshilfen erhalten können. Außerdem fordert sie, die Regelungen des Kommunalverfassungsgesetzes und die Verordnungs- und Erlasslage dahingehend zu überarbeiten, dass die Regelungen zur Haushaltskonsolidierung zunächst nur das strukturelle Defizit und die in den vergangenen drei Jahren aufgelaufenen Fehlbeträge umfassen. Der *finanzpolitische Sprecher* **Swen Knöchel** sprach sich dafür aus, für Altfehlbeträge gesonderte, langfristig wirkende Regelungen zu schaffen, die auch Konsolidierungshilfen des Landes und Umschuldungsregeln umfassen. Zudem solle die Landesregierung die Überlegungen des Bundes zu Hilfsprogrammen der von hohen Altfehlbeträgen betroffenen Kommunen unterstützen und auch über eigene Programme für die Umschuldung und Rückführung von Liquiditätskrediten hoch verschuldeter Kommunen abzielen.

#Kultur

Gemeinsame Landesausstellung zum 500. Jahrestag des Deutschen Bauernkrieges

Die Fraktion DIE LINKE setzt sich mit ihrem Antrag für eine mit dem Freistaat Thüringen organisierte gemeinsame Landesausstellung zum 500. Jahrestag des Deutschen Bauernkriegs im Jahr 2024/2025 ein. Dabei soll der Fokus insbesondere auf das Wirken Thomas Müntzers im Gebiet des heutigen Sachsen-Anhalts und die im Land liegenden authentischen Müntzer-Orte, vor allem Allstedt und Stolberg, gelegt werden. Die intensiven Bemühungen der im Landkreis Mansfeld-Südharz ansässigen Vor-Ort-Initiative „AK Reformationsjubiläum“ sollen bei der Gestaltung berücksichtigt werden.

Der *tourismus- und religionspolitische Sprecher* **Wulf Gallert** sieht mit einer gemeinsamen Landesausstellung die Möglichkeit der Fortentwicklung der vielfältigen Betätigungen des Landes zur

Reformationsdekade weit über 2017 hinaus. Dies gäbe dem Reformationsjubiläum eine Nachhaltigkeit, die von einigen Akteuren vermisst wird. Im nördlichen Thüringen und im Landkreis Mansfeld-Südharz herrscht die Einschätzung vor, dass die touristische Entwicklung hinter den vorhandenen Potentialen zurückbleibt. Die Fraktion DIE LINKE sieht daher eine gemeinsame Landesausstellung auch als eine Förderung von Kulturtourismus im Südwesten des Landes Sachsen-Anhalt.

#Umwelt

Die Fraktion DIE LINKE verweist in ihrem Antrag vom April 2019 auf den alarmierenden Verlust an biologischer Vielfalt in der Kultur- und offenen Agrarlandschaft. Die Landesregierung soll daher unter anderem die Flächenversiegelung im Sinne einer nachhaltigen Landschaftsentwicklung minimieren, die Mahdverpflichtung für Greeningflächen streichen und diese als Dauergrünland erhalten und fördern sowie räumliche und funktionale Biotopverbunde schaffen. Nach Beratung im Ausschuss für Umwelt und Energie empfiehlt dieser eine Beschlussempfehlung, die der *umweltpolitische Sprecher Hendrik Lange* mit folgenden Worten kritisierte: „Leider bleibt die Beschlussempfehlung weit hinter den hohen Ansprüchen zurück, die eine Koalition unter grüner Beteiligung haben müsste. Festzustellen, dass die Regierung einfach so weitermachen soll wie bisher, meine Damen und Herren, ist einfach nur unterambitioniert.“ Deshalb forderte er das Plenum auf: „Lassen Sie uns also bitte beherzter unsere öffentliche Aufgabe zur Förderung der Biodiversität erfüllen und machen wir Sachsen-Anhalt im besten Sinne zu einer blühenden Landschaft.“ Die Fraktion DIE LINKE einen Änderungsantrag zur Beschlussempfehlung eingebracht, der diesen Forderungen eher gerecht wird. Dieser wurde vom Plenum abgelehnt.

#Parlamentsreform

Gesetz zur Parlamentsreform 2020 eingebracht

Die Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE legen den gemeinsamen Entwurf eines Gesetzes zur Parlamentsreform 2020 vor. Darin soll unter anderem das Quorum zur Einleitung eines Volksbegehrens von 9 % auf 7 % gesenkt und die Wahl des Landesbeauftragten für den Datenschutz erleichtert werden. Der *parlamentarische Geschäftsführer Stefan Gebhardt* sagte in der Debatte dazu: „Wir geben uns mit der Reform eine Reihe von neuen Staatszielen in einer Zeit, in der beim Klimaschutz, bei der Gewährleistung gleichwertiger Lebensverhältnisse und der Bekämpfung von Rechtsextremismus neue Maßstäbe an unser Handeln gestellt werden.“ Die Fraktion DIE LINKE hätte sich durchaus noch weitere Änderungen gewünscht, z. B. beim Thema Parité. Auch die Schuldenbremse sehen wir eher kritisch, wenngleich mit der neuen Formulierung im Gesetz mehr Handlungsspielraum bestehe. Insgesamt gäbe es keinen Anlass für Selbstzufriedenheit. „Denn das Papier der Verfassung mag geduldig sein, die Bürger*innen sind es immer weniger,“ so Stefan Gebhardt in seiner Rede.

#Friedenspolitik

Verurteilung der völkerrechtswidrigen militärischen Invasion in Syrien

Im Oktober 2019 hatte die Fraktion DIE LINKE einen Antrag auf Verurteilung der militärischen Invasion des NATO-Partners Türkei in Nordsyrien in den Landtag eingebracht (Der Landtagsticker berichtete). Auch die AfD-Fraktion stellte einen Antrag zur Thematik. Nach Beratung im Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie Medien empfahl dieser dem Landtag, die Anträge in folgender Fassung anzunehmen: „Der Landtag von Sachsen-Anhalt verurteilt den völkerrechtswidrigen Militäreinsatz der Türkei in Nordsyrien, der zu großem humanitären Leid geführt hat und die Stabilität der Region beeinträchtigt. Der Landtag von Sachsen-Anhalt begrüßt alle diplomatischen Aktivitäten zur Beendigung der Krise.“

In seiner Rede hob der *Sprecher für Europapolitik und Internationales Zusammenarbeit* **Wulf Gallert** hervor: „Es ist offensichtlich das erste Mal, zumindest seit sehr langer Zeit, dass der Landtag eine eindeutige Positionierung in einer solchen internationalen Frage abgibt. Das ist ein Fortschritt.“ Zugleich kritisierte er: „Nur - das ist jetzt das Problem - was folgt daraus? Was folgt daraus, dass wir hier feststellen, dass das eine völkerrechtswidrige Invasion der Türkei in Nordsyrien ist? Offensichtlich - das ist das Dilemma, in dem wir uns in diesem Landtag befinden - soll daraus gar nichts folgen.“ Und weiter: „Diese abgestimmte Ignoranz der Konsequenzen unter den europäischen Partnern, unter den NATO-Partnern, also inklusive der USA, ist letztlich nichts anderes als die stillschweigende Legitimation eines Völkerrechtsbruches. Deswegen verlangt es Konsequenzen. Deswegen stellen wir hier einen Änderungsantrag.“ Dieser wurde abgelehnt und die Beschlussempfehlung mehrheitlich angenommen.

Erstellt von Kerstin Eisenreich (MdL), 31. Januar 2020

Mehr und Ausführlicheres über Inhalte und Debatten der Landtagssitzung im Januar 2020 ist auf den Internetseiten der Landtagsfraktion zu finden: www.dielinke-fraktion-lsa.de.
Auch auf Facebook und Twitter können die Debatten verfolgt werden.